

Entwurf Grünes Kommunalwahlprogramm 2009

Stand: 26.01.2009

Auch in Bielefeld: Zeit für GRÜN

- 1. Klima- und Ressourcenschutz voranbringen**
- 2. Lebensqualität verbessern**
- 3. Stadtentwicklung und Wohnen im Zeichen des demografischen Wandels**
- 4. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gestalten**
- 5. Solidarität und soziale Gerechtigkeit**
- 6. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen ermöglichen**
- 7. Zukunft durch Bildung**
- 8. Mehr Transparenz und BürgerInnenbeteiligung**

1 **Bielefeld: Es ist Zeit für Grün!**

2

3 Bielefeld ist eine Großstadt in einer Welt der Globalisierung. Das
4 bietet viele Chancen, wir Bielefelderinnen und Bielefelder können
5 Erfahrungen mit anderen Kulturen machen, Menschen mit ver-
6 schiedenen Hintergründen bereichern unsere Stadt, Innovation und
7 Erfolg wirken über Grenzen.

8 Andererseits sind wir auch mit den globalen Problemen konfron-
9 tiert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hinterlassen ihre Spuren
10 auch in unserer Stadt. Viele Menschen fürchten sich vor sozialem
11 und wirtschaftlichem Abstieg und trauen der Politik nicht zu, die
12 anstehenden Probleme zu lösen.

13 Der Klimawandel hat sich trotz wohlklingender Bekundungen und
14 hochtrabender Programme weiter beschleunigt. Nach wie vor ver-
15 geuden wir Energie und könnten den CO₂-Ausstoß noch sehr viel
16 mehr senken, als wir es tun. Auch in anderen Politikfeldern ge-
17 schieht nichts Grundsätzliches: Noch immer wartet unser Bildungs-
18 system auf die längst überfälligen Veränderungen hin zu mehr
19 Chancengerechtigkeit, die Schere zwischen Arm und Reich geht
20 immer weiter auseinander.

21 Das Jahr 2009 bietet auch Chancen für die Stärkung einer anderen,
22 ökologischen, nachhaltigen und sozialen Politik. Mit Europa- und
23 Kommunalwahlen, der Bundestagswahl im Herbst (und der Land-
24 tagswahl 2010) können wir auf allen Ebenen für die notwendigen
25 Weichenstellungen sorgen.

26

27 Wie viele andere Kommunen muss sich auch Bielefeld mit großen
28 Herausforderungen auseinandersetzen. Beispiele sind die unbefrie-
29 digende Finanzlage, die Perspektiven des demographischen Wan-
30 dels, unser Bielefelder Beitrag zum Klimaschutz, ein ungerechtes
31 Bildungssystem, die notwendige Integration von Menschen mit Zu-
32 wanderungsgeschichte und der erhebliche Flächenverbrauch.

33

34 Veränderungen sind notwendig und möglich. Dazu braucht es aber
35 Mut, Konsequenz, die richtigen Konzepte und die Mitwirkung mög-
36 lichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Mit unserem Programm bieten
37 wir grüne Visionen an für ein zukunftsfähiges, ein sozialeres, ein
38 gerechteres, ein ökologischeres und ein demokratischeres Bielefeld.

39

40 Wir sind uns im Klaren darüber, dass es nötig sein wird, für dieses
41 grünere Bielefeld um politische Mehrheiten zu werben. In welcher
42 Konstellation und in welcher Form der Zusammenarbeit dies mög-
43 lich sein wird, liegt am 7. Juni in der Hand der Wählerinnen und
44 Wähler. Für uns steht aber fest: eine Gestaltungsmehrheit ohne
45 uns soll und darf es nicht geben.

46

47 Denn es ist Zeit für Grün.

48

49 **Einiges erreicht**

50 In den letzten 5 Jahren hat die Fraktion von Bündnis 90/Die GRÜ-
51 NEN vieles angestoßen und trotz unklarer Mehrheiten im Rat eini-
52 ges erreicht.

- 53 Auf unsere Initiative hin hat sich die Stadt zur Erreichung
54 der Klimaschutzziele der Bundesregierung verpflichtet und
55 ein umfangreiches Klimaschutzprogramm beschlossen.
- 56 Wegen des breiten Widerstands der GRÜNEN und der
57 Umweltbewegung wird statt eines geplanten Kohlekraft-
58 werks in Bielefeld ein Holzheizkraftwerk gebaut.
- 59 Das geplante Bebauungsgebiet „Württembergischer Allee“ in
60 Sennestadt wird nicht entstehen, die B66n nicht gebaut.
- 61 Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und den anderen
62 Ratsfraktionen haben wir es geschafft, aus dem Haus-
63 haltssicherungskonzept herauszukommen.
- 64 Die Schulbausanierung konnte weitergeführt und die Kin-
65 derbetreuung ausgebaut werden. Bielefeld ist, auch Dank
66 unserer Initiativen, kinder- und familienfreundlicher ge-
67 worden!
- 68 Durch den geplanten Umzug der Stadtbibliothek an den
69 Neumarkt schaffen wir die Voraussetzungen für eine mo-
70 derne und nutzerInnenfreundliche Bildungseinrichtung in
71 unserer Stadt.
- 72 Seit April 2008 gibt es mit Anja Ritschel eine Dezernentin
73 für Umwelt- und Klimaschutz. Natur-, Umwelt und Klima-
74 schutz haben wieder eine kompetente Stimme im Verwal-
75 tungsvorstand.

76

77 **Es gibt noch viel zu tun!**

78 Trotz dieser wichtigen und spürbaren Erfolge liegt noch viel Arbeit
79 vor uns.

- 80 Der notwendige Wechsel zu einer klimafreundlicheren Ver-
81 kehrspolitik scheidet nach wie vor an der großen Koalition
82 aus CDU und SPD. Der völlig verfehlte Umbau der Detmol-
83 der Straße zeigt dies ganz deutlich.
- 84 Auch der Flächenverbrauch für immer neue Wohn- und
85 Gewerbegebiete auf der Grünen Wiese ging nahezu un-
86 gebrochen weiter.
- 87 Anstatt einer Prioritätenliste für notwendige Investitionen
88 setzt die große Koalition der Unvernunft auf Millionenpro-
89 jekte wie die Stadthallen-Erweiterung, die die kommenden
90 Haushalte auf Dauer belasten wird.
- 91 Leider gibt es noch immer keine Lösung für die innerstäd-
92 tischen Sorgenkinder Kesselbrink, Neumarkt und den
93 Jahnplatz.
- 94 Anstatt die Johannisbachaue endlich unter Naturschutz zu
95 stellen, träumen CDU, BfB und FDP nach wie vor von ei-

- 96 nem unsinnigen Untersee, das diese einzigartige Land-
97 schaft zerstören würde.
- 98 Für die Zeit nach der Abschaltung des Atomkraftwerks
99 Grohnde müssen die Weichen für eine klimafreundliche
100 Zukunft ohne fossile Brennstoffe und Atomstrom gestellt
101 werden.
- 102 Zu viele Menschen in Bielefeld sind arm oder von Armut
103 bedroht. Das können wir nicht auf kommunaler Ebene än-
104 dern – ihnen Teilhabe und ein gutes soziales Netz zu si-
105 chern, muss aber gelingen

106

107 **Nur wenn Bielefeld grün wählt, wird unsere Stadt grüner** 108 **werden**

109

110 Es bleibt also noch vieles zu tun, um Bielefeld zukunftsfähig und
111 lebenswerter zu gestalten. Wir haben dazu Ideen, die wir nur mit
112 einer starken grünen Ratsfraktion voranbringen können. Wir brau-
113 chen aber auch eine neue Kultur der Kommunalpolitik, in der Ent-
114 scheidungen nicht nur im Rathaus fallen, sondern durch starke Be-
115 teiligung der Bürgerinnen und Bürger.

116

117 Für diese Politik neuen Stils steht unsere OB-Kandidatin Marianne
118 Weiß. Wir sind überzeugt, dass es in Zeiten der Auflösung der klas-
119 sischen politischen Lager nicht mehr automatisch darum geht, ob
120 das Stadtoberhaupt schwarz oder rot ist. Im Gegenteil: Zu einem
121 grüneren Bielefeld gehört auch eine grüne Stadtpitze. Eine Grüne
122 Oberbürgermeisterin wird den politischen Aufbruch leben und vo-
123 ranbringen.

124

125 Denn es ist Zeit für Grün.

126

127

128 **1. Klima- und Ressourcenschutz**

129 Bielefeld hat sich verpflichtet, die europaweit geltenden Klima-
130 schutzziele zu erreichen, 40% CO₂-Einsparung bis 2020 und 20%
131 Nutzung erneuerbarer Energien. Wir haben nur noch etwa zehn
132 Jahre Zeit, wollen wir den Temperaturanstieg weltweit auf 2° C be-
133 schränken. Jede/r Einzelne muss selbst etwas beitragen. Energie-
134 sparmaßnahmen im Haushalt, ein überlegtes Verkehrsverhalten
135 oder auch der Kauf von regionalen Produkten sparen CO₂. Aber
136 auch die Kommune ist gefragt-. In den nächsten Jahren muss das
137 vom Rat beschlossene, ehrgeizige Klimaschutzprogramm umge-
138 setzt werden.

139 **Gebäudesanierung beschleunigen**

140 Aktueller Schwerpunkt des Klimaschutzprogramms der Stadt Biele-
141 feld ist die energetische Gebäudesanierung. 85% des Wohnungsbe-
142 standes in Bielefeld ist reif für die energetische Sanierung. Trotz

143 der zahlreichen Anreize und Förderprogramme werden zur Zeit a-
144 ber nur 1,5% der Wohnungen jährlich in Angriff genommen. Wir
145 werden genau prüfen, warum sich bisher trotz Beratungsangeboten
146 und finanzieller Unterstützung noch zu wenige BielefelderInnen
147 entschieden haben, ihr Haus energiefit zu machen. Wir wollen diese
148 Hürden möglichst schnell beseitigen, falls das mit kommunalen Mit-
149 teln möglich ist.

150 Auch bei den öffentlichen Gebäuden muss noch mehr passieren.
151 Die Möglichkeiten des Konjunkturpakets der Bundesregierung sol-
152 len für Bielefeld zielgerichtet genutzt werden. Neben Schulen und
153 Sporthallen sind in den nächsten Jahren weitere Investitionen not-
154 wendig. Sie rechnen sich doppelt: wirtschaftlich und für unsere
155 Umwelt.

156 **Quartiere können mehr Energie erzeugen als sie** 157 **verbrauchen**

158 Auch wenn energetische Vorgaben in der Bauleitplanung rechtliche
159 Grenzen haben: die bestehenden Möglichkeiten werden in Bielefeld
160 bislang unzureichend genutzt. Wir erwarten, dass Bebauungspläne
161 die Südausrichtung und Kompaktheit der Gebäude vorschreiben,
162 um solare Wärmenutzung zu garantieren. Wir setzen uns ein für
163 städtebauliche Verträge, in denen Niedrigenergie- oder Passivhaus-
164 standard verbindlich vorgeschrieben wird. Wir wollen erreichen,
165 dass auch in Bielefeld – wie anderswo - Bebauungsgebiete als E-
166 nergie-Plus-Quartiere entstehen. Diese Quartiere erzeugen durch
167 Nutzung aller technischen und planerischen Möglichkeiten mehr
168 Energie als sie verbrauchen.

169 **Projekt: innerstädtische Energie-Plussiedlung**

170 **Energiesparen macht Schule**

171 Was als Projekt an Bielefelder Schulen schon erfolgreich läuft, soll
172 auf weitere Bereiche ausgedehnt werden. Gerade die Stadtverwal-
173 tung muss Vorbild sein beim Energiesparen! Das gilt für den kom-
174 munalen Fuhrpark ebenso wie für die energieeffiziente Beschaf-
175 fung. Aktuell nehmen die Klärwerke am Projekt ÖKOPROFIT teil;
176 diese Aktivitäten müssen perspektivisch auf alle Verwaltungsberei-
177 che ausgedehnt werden.

178

179 **Bielefeld als Zentrum der regenerativen Energien** 180 **ausbauen**

181 In Bielefeld wird von Stadtwerken und Privaten zunehmend Son-
182 nenenergie zur Stromerzeugung genutzt. Wir sehen noch ein gro-
183 ßes Potenzial auf Dächern von öffentlichen Gebäuden und arbeiten
184 daran, dass diese zur Verfügung gestellt werden, um dort Bürger-
185 solaranlagen zu installieren. Das von uns initiierte Projekt „Sun A-
186 rea“ soll zudem für alle Interessierten Informationen zur Nutzbar-

187 keit von Sonnenenergie auf dem eigenen Dach zur Verfügung stel-
188 len.

189 Kasten: www.gruene-bielefeld.de Solardach

190 Die Stadtwerke Bielefeld bauen ein Holzheizkraftwerk und erhöhen
191 mit zwei Biogasanlagen den Anteil an regenerativ erzeugter Ener-
192 gie. Bei der Biogaserzeugung sind in Bielefeld noch längst nicht alle
193 Potenziale genutzt. Bei weiteren Anlagen muss die energetische
194 Verwertung von Bioabfall aus Haushalten, Gastronomie und Nah-
195 rungsmittelindustrie im Vordergrund stehen.

196 Wir brauchen mehr regenerative Energieerzeugung. Hierzu gehört
197 auch zu prüfen, welche weiteren umwelt- und anwohnerInnen-
198 verträgliche Windkraftstandorte im Stadtgebiet zur Verfügung ste-
199 hen.

200 **Kasten: Leuchtturm: Energie aus Kartoffelschalen**

201

202 **Zukunft der Stadtwerke ohne Atomstrom**

203 Die Stadtwerke sind ein zuverlässiger Partner der Menschen in Bie-
204 lefeld bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Wasser. Al-
205 lerdings erzeugen sie immer noch den größten Anteil ihres Stroms
206 im Atomkraftwerk Grohnde. Dieses wird 2018 endlich vom Netz
207 gehen. Deshalb muss in den nächsten Jahren über ein neues Kon-
208 zept zur Stromerzeugung entschieden werden.

209 Wir wollen kein neues Großkraftwerk als Ersatz für Grohnde. Die
210 Zukunft liegt in Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung. Kleinere,
211 dezentrale Blockheizkraftwerke (BHKW) in Haushalten und Betrie-
212 ben können nicht nur die vor Ort benötigte Wärme, sondern - quasi
213 als Nebenprodukt - auch Strom produzieren, der in das Netz einge-
214 speist werden kann. Modellversuche zeigen, dass es möglich ist,
215 BHKWs so zu vernetzen und zentral zu steuern, dass man in der
216 Summe von einem „**virtuellen Kraftwerk**“ sprechen kann.

217

218 **Nicht auf Kosten der jungen Generation leben**

219 Ressourcen gilt es aber nicht nur in ökologischer Hinsicht zu be-
220 wahren. Trotz der schwierigen Finanz- und Wirtschaftssituation
221 müssen wir den Schuldenberg, den wir der nächsten Generation
222 aufbürden, nicht zugunsten von Konjunkturstrohfeuern weiter ver-
223 größern.

224 Eines unserer wichtigsten finanzpolitischen Ziele der letzten Wahl-
225 periode konnten wir erreichen: Gemeinsam mit den anderen Rats-
226 fraktionen ist es uns gelungen, den Haushalt der Stadt so weit zu
227 konsolidieren, dass wir aus der Haushaltsbewirtschaftung heraus
228 sind und trotzdem die Stadt nicht „kaputt gespart“ haben. Denn
229 das Schulbausanierungsprogramm wurde fortgesetzt, die Betreu-
230 ung der Unter-Dreijährigen ausgeweitet und Mittel für den Klima-

231 schutz bereitgestellt. Dennoch darf dieses positive Ergebnis nicht
232 darüber hinwegtäuschen, dass im gleichen Zeitraum die Schulden
233 weiter angewachsen sind und wir, trotz zwischenzeitlich gestiege-
234 ner Steuereinnahmen, erneut auf ein Haushaltssicherungskonzept
235 zusteuern. Anstatt konsequent den eingeschlagenen Konsolidie-
236 rungskurs im Interesse der nachfolgenden Generationen fortzuset-
237 zen, erliegen SPD und CDU bereits wieder dem altgewohnten Aus-
238 gabenfrohsinn: die Stadthallenerweiterung und diverse Straßenpro-
239 jekte werden Millionen verschlingen und die kommenden Haushalte
240 erheblich belasten.

241 Die GRÜNEN stehen für die Fortsetzung der Konsolidierungs-
242 bemühungen mit Augenmaß. Ziel muss es sein, im Sinne einer ge-
243 nerationengerechten Finanzpolitik das Defizit im Haushaltsplan zu
244 reduzieren und zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

245

246 **Investitionen in zukunftsfähige Projekte**

247 Wir begrüßen es, dass in der schwierigen wirtschaftlichen Lage die
248 Kommunen Mittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes er-
249 halten, um mit der Sanierung der Infrastruktur einen Beitrag zum
250 Erhalt von Arbeitsplätzen leisten zu können. Wir werden uns dafür
251 einsetzen, dass diese Mittel so verwendet werden, dass sie Folge-
252 kosten verringern (energetische Sanierung), zusätzliche Werte für
253 die nächsten Generationen schaffen und einen Beitrag für Zu-
254 kunftsfähigkeit in Bielefeld leisten.

255

256 **Riskante Finanzgeschäfte unterlassen**

257 Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Kommunen schlecht beraten
258 sind, sich auf unseriöse und risikobehaftete Geschäfte einzulassen.
259 Wir lehnen eine Realisierung des wirtschaftlich und ökologisch
260 sinnvollen Baus eines Technischen Dienstleistungszentrums am Al-
261 ten Kreishaus in Form eines Public Private Partnerships (PPP-
262 Modell) ab. Stattdessen soll die Sanierung und der Anbau in Eigen-
263 regie realisiert und betrieben werden. Das stärkt den Mittelstand
264 und hilft, städtische Arbeitsplätze zu erhalten.

265

266 **Ressourcenschonende Stadtentwicklung**

267 Jede weitere Ausweitung der Stadt in die Landschaft durch neue
268 Straßen und zusätzliche Wohngebiete auf der grünen Wiese wirkt
269 sich nicht nur nachteilig auf den Naturhaushalt aus, sondern verur-
270 sacht auch weitere Kosten für die Infrastruktur, die in Zukunft von
271 immer weniger Menschen aufgebracht werden müssen.

272 **2. Lebensqualität verbessern**

273 Die Lebensqualität in einer Stadt wird von vielen Faktoren be-
274 stimmt, von der „Hardware“ sauberer Luft, Wasser und Ruhe bis
275 hin zur „Software“ der Freizeitmöglichkeiten, Sport und Kultur.

276 **Lärm vermindern**

277 Lärm macht krank! Mit der EU-Umgebungslärmrichtlinie ist auch
278 Bielefeld verpflichtet worden, einen Lärmaktionsplan aufzustellen.
279 Vor allem der Autoverkehr führt zu einer starken Belastung der Be-
280 völkerung. Um dem entgegen zu wirken, setzen GRÜNE auf einen
281 modernen Stadtverkehr, d.h. mehr Fahrräder, mehr Busse und
282 Bahnen. Der Lärmaktionsplan muss darüber hinaus konkrete Maß-
283 nahmen beinhalten, die zur Lärminderung beitragen. Neben Ge-
284 schwindigkeitsreduzierungen und deren Überwachung sowie Flüs-
285 terasphalt an stark befahrenen Straßen fordern wir die Wiederauf-
286 lage eines Lärmschutzfensterprogramms und Lärmschutzwände an
287 besonders belasteten Streckenabschnitten. Konzepte zur Lenkung
288 der Gütertransporte und eine intelligente Gesamtverkehrsplanung
289 sind weitere Bausteine, die im Lärmaktionsplan nicht fehlen dürfen.
290

291 **Feinstaub reduzieren**

292 Bielefeld musste bislang keine Umweltzone ausweisen, weil der
293 Teutoburger Wald dafür sorgt, dass die Feinstaubwerte kontinuier-
294 lich unter den vorgeschriebenen Grenzwerten liegen. Allerdings
295 nimmt die Feinstaubbelastung stetig zu. Wenn wir wollen, dass die
296 Luft in Bielefeld gut bleibt, müssen wir handeln! Je weniger Belas-
297 tung, umso gesünder lebt es sich in unserer Stadt. Weniger Auto-
298 verkehr, eine konsequente Überwachung von Gewerbe- und In-
299 dustriebetrieben, der Austausch veralteter Heizungsanlagen, all
300 dies vermindert den Feinstaub.
301

302 **Sauberes Trinkwasser erhalten**

303 Das Bielefelder Trinkwasser hat eine hervorragende Qualität! Damit
304 das so bleibt und unser Lebensmittel Nr. 1 dauerhaft gesichert ist,
305 müssen wir dafür sorgen, dass keine kritischen Stoffe ins Grund-
306 wasser gelangen. Wir setzen uns daher für aktiven Bodenschutz,
307 weniger Versiegelung und mehr naturverträgliche, am besten öko-
308 logische, Landwirtschaft ein. Zudem stellen veraltete Klärgruben
309 eine Gefahr für das Grundwasser dar. Wir fordern, dass sie mög-
310 lichst zügig an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden.

311 **Freizeit gestalten**

312 Das wichtigste Potential für Freizeit und Erholung sind die Bielefel-
313 der Grünanlagen und die freie Landschaft. Es muss noch einiges
314 getan werden, um ein intaktes Wegenetz zu garantieren, das Lau-
315 fen, Walken, Radfahren und an ausgesuchten Stellen auch Skating
316 möglich macht. Schwimmen ist eine beliebte Freizeitbeschäftigung
317 . Jeder kann sich im Wasser bewegen: egal ob jung, ob alt, ob mit
318 großen oder kleinen Handicaps. Der Neubau eines Hallenbades in
319 Sennestadt, die Schaffung eines Naturfreibades in Brackwede und
320 die Sanierung der Freibäder in Hillegossen und Dornberg sind er-
321 folgt. Jetzt muss in das Gadderbaumer Freibad investiert werden,

322 um es als Familien- und Gesundheitsbad auch für die nächsten 20
323 Jahre abzusichern. Das bürgerschaftliche Engagement in Freibad-
324 vereinen war und ist eine wichtige Voraussetzung für diese Ent-
325 wicklung in der Bielefelder Bäderlandschaft.
326

327 **Projekt: Sanierung des Freibades Gadderbaum**

328

329 **Wasserflächen und Naherholungsgebiete aufwerten**

330 Die Bielefelder/innen mögen ihre Wasserflächen. Die Entschlam-
331 mung des Obersees mit der Verlegung des Johannisbaches steigert
332 die Attraktivität dieses Gewässers. Auch die Freilegung der Lutter
333 ist ein großer Gewinn für die Stadt, deshalb unterstützen wir den
334 Verein „Pro Lutter“ bei seinen weiteren Vorhaben.

335 Die Grünzüge mit ihren Teichen und Bächen prägen unsere Stadt.
336 Die von der EU-Richtlinie „Flora, Fauna und Habitat“ (FFH) erfass-
337 ten Gebiete, besonders der Teutoburger Wald und der Grünzug um
338 die Sparrenburg, sollen als Naturschutzgebiete ausgewiesen wer-
339 den. Die geplante „StadtParkLandschaft“ um den Johannisberg bie-
340 tet die einzigartige Möglichkeit, das Stadtgrün am Bielefelder Pass
341 naturnah zu gestalten. Wir wollen dort auch die Chance nutzen,
342 Raum für neue naturnahe Freizeitaktivitäten zu entwickeln. Der
343 Klettergarten ist dafür ein gutes Beispiel. Die Johannisbachaue wol-
344 len wir unter Naturschutz stellen und dort ein Konzept für eine na-
345 turverträgliche Freizeitnutzung mit naturnaher Erholung entwi-
346 ckeln. Durch eine Entschlammung der Stauteiche im Bielefelder Os-
347 ten können weitere Wasserflächen attraktiver gestaltet werden.
348

349 **Projekt: Johannisbachaue als Naturschutzgebiet ausweisen**

350 **Mehr Bäume in die Stadt**

351 Die Abschaffung der Baumschutzsatzung hat in Bielefeld zur Fäl-
352 lung unzähliger gesunder und für das Stadtklima wichtiger Bäume
353 geführt. Allzu häufig werden Bäume noch kurzfristigen Interessen
354 geopfert. Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz und Fortent-
355 wicklung des Baumbestandes ein.
356

357 **Projekt: 1000 Bäume für die Stadt**

358

359 **Kultur fördern**

360 Bielefeld ist eine bunte und lebendige Stadt, die durch die Vielfalt
361 des kulturellen Schaffens einen Teil ihrer Attraktivität bezieht. Je-
362 des Jahr besuchen Zehntausende den „Carnival der Kulturen“, die
363 Nachtreise der freien Theater, die Offenen Ateliers oder die Nacht
364 der Museen. Die freie Kulturszene stellt neben Kunsthalle, dem
365 Stadttheater und den zahlreichen Museen einen unverzichtbaren

366 Teil unseres urbanen Kulturlebens dar. Wir setzen uns für eine bes-
367 sere Finanzausstattung der freien Kultur ein.
368 Wir treten für den Erhalt des Stadttheaters in der derzeitigen Form
369 ein. Ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten hat gezeigt,
370 dass mit klareren Strukturen und einer größeren Effizienz das The-
371 ater mit einem festgeschriebenen Budget betrieben werden kann.
372 Diesen Weg, der zu mehr Planungssicherheit für das Theater und
373 den städtischen Haushalt führen soll, unterstützen wir mit Nach-
374 druck. Die verstärkte Öffnung des Theaters durch Kooperationen
375 mit Schulen, verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und die Er-
376weiterung der theaterpädagogischen Angebote halten wir für den
377 richtigen Weg.
378 Kultur ist ein universelles Medium, sie schafft Kontakte und vermit-
379telt Einsichten. Die Kulturangebote der Stadt sollen deshalb für alle
380 Bevölkerungsgruppen, alt und jung, Frau und Mann, eingeboren
381 oder zugewandert, gleichermaßen erschwinglich und zugänglich
382 sein. Kultur ist ein wichtiger Bestandteil eines städtischen Integra-
383tionskonzepts.
384 Die Kunsthalle hat sich zu einem der überregional bekannten Biele-
385felder Markenzeichen entwickelt. Wir halten es für nötig, die Kunst-
386halle nach Möglichkeit auch weiterhin finanziell so auszustatten,
387 dass das erreichte Niveau erhalten bleibt.

388
389

390 **Stadtbibliothek im Amerika-Haus**

391 Die kulturpolitische Kernaufgabe der nächsten Jahre wird der Aus-
392bau und die Modernisierung der Stadtbibliothek sein. Nach gründli-
393cher Prüfung haben wir uns entschieden, den Umzug der Bibliothek
394in das Amerika-Haus zu unterstützen. Er bietet die Chance, den
395Bürgerinnen und Bürgern zu vertretbaren Kosten eine vergrößerte
396und modernisierte Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Das Umfeld
397um das Amerika-Haus muss so gestaltet werden, dass der öffentli-
398che Raum belebt und hohe Aufenthaltsqualität erreicht wird.

399

400 **Musische Bildung für alle**

401 Wir streben die Aufwertung der Musik- und Kunstschule (MuKu) an.
402 Wir werden uns dafür stark machen, dass sich Bielefeld möglichst
403schnell an der Landes-Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ betei-
404ligt.

405 Wir halten es nicht für zwingend, dass die MuKu ihre Aufgaben auch
406in Zukunft am gleichen Ort wahrnimmt. Ihrem derzeitigen Gebäude,
407der früheren Gewerbekunstschule, kommt aber in Bielefeld ein be-
408sonderer Stellenwert zu.

409

410 **Projekt: Jedem Kind ein Instrument**

411

412 **Ravensberger Park zum Kultur- und Museumspark entwi-**
413 **ckeln**

414 Das Naturkundemuseum hat sich in den letzten Jahren als Ort der
415 Bildung einen besonderen Ruf erworben. Wir streben im Rahmen
416 der finanziellen Möglichkeiten einen Umzug in die Alte Hechelei im
417 Ravensberger Park an. Mit Historischem Museum und Volkshoch-
418 schule würde er so als Kultur- und Museumspark an Bedeutung ge-
419 winnen.

420

421 **Sporttreiben lebenslang**

422 Sport treiben dient der Gesundheit, der Kommunikation und der
423 Integration. Obwohl immer noch die Mehrzahl der Menschen im
424 Verein Sport treibt, nimmt der „unorganisierte Sport“ stetig zu.
425 Viele der neuen Sportarten sind nicht mehr an feste Anlagen und
426 an Sportvereine gebunden (Joggen, Nordic Walking, Skating...).
427 Zur Zeit wird eine umfangreiche repräsentative Befragung zum
428 Sportverhalten der Bielefelder/innen ausgewertet. Auf der Basis
429 ihrer Ergebnisse wollen wir neue Akzente in Bezug auf die Planung
430 von Sportstätten setzen. Vorrang vor der Errichtung neuer Anlagen
431 hat für uns die Sanierung und Instandsetzung der vorhandenen An-
432 lagen. Die Sanierung der Kieselrot belasteten Sportplätze muss so
433 bald als möglich abgeschlossen werden.

434 Wir wollen die Vereine weiterhin unterstützen, ihr breites Angebot
435 zu erhalten und zu entwickeln. So begrüßen wir, dass viele Vereine
436 Kooperationspartner der offenen Ganztagschulen geworden sind
437 und hoffen, dass dies auch an den gebundenen Ganztagschulen
438 der Sekundarstufe I geschieht.

439 Mädchen und Frauen sind in Vereinen immer noch unterrepräsen-
440 tiert. Wir wollen Anreize schaffen, damit Vereine sich stärker um
441 Mädchen und Frauen bemühen. Neben den traditionellen Turnier-
442 veranstaltungen setzen wir uns für die Durchführung von „Sport-
443 Events“ für Mädchen ein.

444 **3. Stadtentwicklung im Zeichen des de-**
445 **mografischen Wandels**

446 Auch in Bielefeld werden wir weniger, älter und bunter. Stadtent-
447 wicklung kann deshalb nicht weiter auf Wachstum angelegt sein,
448 sondern muss neue Qualitäten entwickeln, um dem wachsenden
449 Anteil älterer Menschen gerecht zu werden und das Leben für junge
450 Familien attraktiver zu machen. In vielen nach dem Krieg gebauten
451 Siedlungen findet ein Generationenwechsel statt. Auch hier müssen
452 Planungen verändert werden, damit diese Siedlungen an die heuti-
453 gen Ansprüche von Familien angepasst werden können. Der demo-
454 grafische Wandel erfordert auch ein Umsteuern in der Verkehrspoli-
455 tik hin zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und weg
456 von neuen Straßen.

457 **Stadtentwicklung im Bestand**

458 Die zunehmende Veränderung der Altersstruktur erfordert neue
459 Strategien. Die Zahl junger Familien nimmt ab, trotzdem wird die
460 Zahl der Haushalte wegen der zunehmenden Einpersonenhaushalte
461 in den nächsten Jahren noch steigen. Vor diesem Hintergrund ge-
462 winnt innerstädtisches Wohnen zunehmend an Attraktivität.
463 GRÜNE Stadtentwicklung setzt am Quartier an. Soziale, gesund-
464 heitliche und räumliche Gesichtspunkte müssen berücksichtigt wer-
465 den. Eine quartiersbezogene Nahversorgung muss gesichert wer-
466 den. Die Wohnungsbaugesellschaften haben bewiesen, dass Quar-
467 tiere so verändert werden können, dass Nachbarschaft ermöglicht
468 wird, dass ältere Menschen aber auch junge Familien sich wohl füh-
469 len können. In den Quartieren sollen Kinder verkehrssichere Spiel-
470 und Freiräume finden.

471

472 **Zentren erhalten**

473 Bielefeld ist eine Flächenstadt mit einem funktionierenden Zentrum
474 sowie verschiedenen Nebenzentren, die ortsnahe Infrastruktur bie-
475 ten. Wir wollen alle diese Zentren erhalten und stützen. Deshalb
476 müssen wir weiteren großflächigen Einzelhandel auf der grünen
477 Wiese verhindern. Wir setzen uns für eine Umsetzung des kommu-
478 nalen Zentren- und Einzelhandelskonzepts ein, um die Ansiedlung
479 von Einzelhandel in den ausgewiesenen Kerngebieten zu ermögli-
480 chen und eine ortsnahe Versorgung zu sichern.

481

482 **Stadtbahnnetz ausbauen - unsere Projekte**

483 In Bielefeld gibt ein funktionierendes System von schienengebun-
484 denem Nah- und Regionalverkehr. Wir streiten für eine Sennebahn,
485 die im 30-Minutentakt den Bielefelder Süden mit der Innenstadt,
486 aber auch mit den Nachbargemeinden Schloss Holte-Stukenbrock
487 und Paderborn verbindet. Sennestadt, Senne und Brackwede müs-
488 sen durch Busse an diese Sennebahn angebunden werden.
489 Wir unterstützen die schrittweise Umsetzung des Konzepts „moBiel
490 2030“, insbesondere die Verlängerung der Stadtbahnlinien zur Lan-
491 gen Lage, nach Milse Ost, Hillegossen, Heepen und Jöllenneck. Die
492 Verbindung zwischen Bahnhof und Stadtbahn kann verbessert wer-
493 den. Der Bunker unter dem Bahnhof muss nicht mehr als Rück-
494 zugsraum bei Katastrophen erhalten werden. Deshalb wollen wir
495 eine Prüfung, ob nun eine Tunnelverbindung möglich ist.

496

497 **Projekt: Stadtbahnverlängerungen nach Jöllenneck und Hil-** 498 **legossen**

499 **Mehr Sicherheit und Raum für Radfahrer/innen und** 500 **Fußgänger/innen**

501 Wir setzen uns für mehr und sicherere Rad- und Fußwege ein. Fuß-
502 gängerInnen und RadfahrerInnen sind in Bielefeld wesentlich stär-

503 ker gefährdet als andere VerkehrsteilnehmerInnen. Entsprechend
504 der Empfehlung des Deutschen Städtetages wollen wir zum Schutz
505 der Nichtmotorisierten Tempo 30 in der gesamten Innenstadt und
506 in den Nebenzentren durchsetzen. Durch regelmäßige Geschwin-
507 digkeitskontrollen und weitere geeignete Maßnahmen soll die Zahl
508 der Unfälle in der Stadt reduziert werden. Mit dem in den Nieder-
509 landen entwickelten Konzept des „shared space“ (gemeinsam ge-
510 nutzter Raum) wollen wir mehr Verkehrssicherheit im Bereich des
511 Bahnhofs, auf und um den Kesselbrink und am Jahnplatz ohne zu-
512 sätzliche Reglementierungen erreichen.

513 **Projekt: shared space wo's geht – mehr und bessere Rad-**
514 **wege**

515 **Ausweitung und Erhalt der Grünflächen statt neuer** 516 **Straßen**

517 Wir können nicht auf der Basis 20 Jahre alter Prognosen Verkehrs-
518 politik machen. Während seit einigen Jahren der PKW-Verkehr ab
519 nimmt, steigt der LKW-Verkehr stetig an. Statt neuer Straßen
520 brauchen wir intelligente Güterverkehrslösungen.

521 Deshalb fordern wir, die L712n nicht zu bauen, die Planungen für
522 den vierspurigen Ausbau der Herforder Straße und die Umgehungs-
523 straße in Ummeln einzustellen. Auf der Trasse der B66n soll auf
524 unsere Initiative hin ein „Grünes Band“ mit Fuß- und Radweg ent-
525 wickelt werden, das Stieghorst mit dem Luttergrünzug und damit
526 mit der Bielefelder City fußläufig verbindet.

527

528 **Projekt: Grünes Band auf der Trasse der B66n**

529

530 **Flächennutzungsplan den Herausforderungen an-** 531 **passen**

532 Jedes Jahr werden in Bielefeld immer noch 60 ha Fläche durch
533 Wohnbebauung, Straßenbau oder Gewerbegebiete versiegelt. Trotz
534 aller Beschlüsse zum Masterplan Wohnen, den wir ausdrücklich be-
535 grüßen - es hapert an der Umsetzung. Immer noch werden Wohn-
536 baugebiete ohne ÖPNV-Anschluss in der freien Landschaft ausge-
537 wiesen. Eine umwelt- und naturverträgliche Stadtentwicklung durch
538 Weiterentwicklung und Anpassung der bestehenden Wohnquartiere
539 an die heutigen Bedürfnisse, Nutzung von Baulücken, behutsame
540 Ausweisung neuer Wohngebiete an den Trassen des Öffentlichen
541 Personennahverkehrs oder die Wiederverwendung brachliegender
542 Industrie- und Gewerbeflächen ist die Alternative. Wir fordern, dass
543 der in Arbeit befindliche Flächennutzungsplan sich an diesen Vor-
544 gaben orientiert. Mit einem kommunalen Recyclingfonds können
545 wir Anreize zur schnelleren Wiedernutzung von Gewerbebrachen
546 schaffen.

547 **4. Kommunale Wirtschafts- und Be-**
548 **schäftigungspolitik gestalten**

549

550 Obwohl die Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Beschäf-
551 tigungspolitik von Bund und Land gesetzt werden, hat die Stadt
552 Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Die städtische Wirtschaftsför-
553 derungsgesellschaft WEGE mbH sowie die Regionale Personalent-
554 wicklungsgesellschaft REGE mbH sollen Konzepte entwickeln, mit
555 denen die Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Beschäftigungs-
556 standorts Bielefeld gelingen kann.

557

558 **Wirtschaftspolitik**

559

560 Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik setzt auf Stärken, auf das be-
561 sondere Profil und die Alleinstellungsmerkmale des Standortes Bie-
562 lefeld. Besondere Entwicklungschancen bieten dabei Hochschule
563 und Wissenschaft, der Maschinenbau (Energie- und Ressourcen-
564 schutz), die Gesundheitswirtschaft, die Lebensmittelwirtschaft und
565 der ökologische Landbau sowie die Freizeit- und Tourismuswirt-
566 schaft. Zur Entwicklung der Stärken wollen wir diese Branchen mit
567 Vorrang behandeln. Der erfolgreiche Weg, die einzelnen Branchen
568 durch Netzwerke gezielt zu unterstützen, soll fortgesetzt werden.

569

570 Eine wichtige Herausforderung in der vor uns liegenden Zeit der
571 Wirtschafts- und Beschäftigungskrise wird die Sicherung von be-
572 stehenden und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in
573 Bielefelder Unternehmen sein. Gefragt sind nicht Subventionen, die
574 den Status Quo zementieren, sondern Hilfen bei der Anpassung an
575 zukünftige Herausforderungen. Wir treten dafür ein, dass die städ-
576 tischen Möglichkeiten hier zielgerichtet eingesetzt werden. So sollte
577 die Reaktivierung des Containerbahnhofs als Kooperationsprojekt
578 der Logistikbranche in Bielefeld ebenso unterstützt werden wie die
579 Weiterentwicklung der Bielefelder Initiative Zukunftsenergien (BI-
580 ZE) zu einer zentralen Koordinationsstelle für Beratungen und
581 Dienstleistungen für Energiesparinvestitionen. Den Wissens- und
582 Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft wollen
583 wir unterstützen.

584 Bielefeld braucht sich mit seinen vorhandenen Qualitäten und sei-
585 nen guten Perspektiven nicht zu verstecken. Durch gutes Stand-
586 ortmarketing, das möglichst alle Akteure einbezieht, soll dem of-
587 fensichtlichen Image-Problem begegnet werden. Wir treten dafür
588 ein, dass die Stadt sich an einer geeigneten Form des Marketings
589 für den Standort Bielefeld angemessen finanziell beteiligt.

590

591 Wir wollen die Natur- und Landschaftsqualitäten, die die Attraktivität
592 Bielefelds mit bestimmen, als "weiche" Standortfaktoren weiter-

593 entwickeln. Die GRÜNEN wissen, dass man mit grünen Ideen Geld
594 verdienen und Zukunftsperspektiven schaffen kann. Im naturnahen
595 Tourismus genauso wie bei Klimaschutzinvestitionen und in der re-
596 gionalen Produktion und Vermarktung von biologisch erzeugten Le-
597 bensmitteln.

598

599 Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften sichern durch ihre Investi-
600 tionen Jahr für Jahr Beschäftigung und Einkommen für viele Biele-
601 felder/innen. Wir wollen, dass das auch so bleibt und möchten den
602 Gesellschaften deshalb Entwicklungsmöglichkeiten geben. Haus-
603 haltskonsolidierung soll weiterhin zuerst auf der Ausgabeseite
604 stattfinden. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer soll auch weiterhin
605 vermieden werden.

606

607 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Funktion der Sparkasse
608 Bielefeld als Kreditinstitut für den Bielefelder Mittelstand erhalten
609 bleibt.

610 **Kommunale Beschäftigungspolitik**

611

612 Die Möglichkeiten auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
613 Einfluss zu nehmen, sind für Städte und Gemeinden sehr einge-
614 schränkt. Gerade angesichts drohender Rezession ist deshalb not-
615 wendig alle kommunalen Mittel zielgerichtet zu nutzen und sachge-
616 rechte arbeitsmarktpolitische Antworten zu finden. Kernelemente
617 sind dabei die Erhaltung der fachlichen abschlussorientierten Quali-
618 fikationen für Arbeitslose insbesondere im SGB II Bezug. Wir halten
619 eine deutliche Erweiterung von Beschäftigungsangeboten, die die
620 soziale Lage arbeitsloser Menschen und die soziale Infrastruktur
621 verbessern für notwendig.

622

623 Eines unserer wichtigsten Ziele ist es, Jugendlichen den Zugang
624 zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Eine qualifizierte Schulbildung ist
625 dafür wesentliche Voraussetzung. Die Zusammenarbeit zwischen
626 den Schulen und dem Bielefelder „Jugendhaus“ ist so zu verbes-
627 sern, dass auch SchulabgängerInnen der Realschulen und Gymna-
628 sien (nach Jahrgang 10) die Unterstützungsleistungen des Jugend-
629 hauses in Anspruch nehmen können.

630 Um insbesondere jungen Müttern Ausbildungschancen zu eröffnen,
631 soll die Initiative für Teilzeitausbildungen wieder aufgegriffen wer-
632 den. Ebenso sind die Möglichkeiten von Ausbildungsmodulen und
633 theoriereduzierter Ausbildung mit den Kammern zu erörtern und
634 die Einrichtung bei der Stadt und den städtischen Töchtern zu ü-
635 berprüfen.

636

637 Die Zusammenarbeit zwischen der örtlichen Agentur für Arbeit und
638 der Stadt in der gemeinsamen „Arbeitplus in Bielefeld“ halten wir
639 grundsätzlich für den richtigen Weg. Bürokratisierung und strikte
640 Vorgaben der Bundesebene haben die selbständigen Handlungs-

641 möglichkeiten jedoch immer stärker eingeschränkt. Wir werden uns
642 massiv dafür einsetzen, dass die Kommunen wieder zentralen Ein-
643 fluss auf die konkrete Maßnahmenplanung und Mittelvergabe erhal-
644 ten. Gerade langzeitarbeitslosen Menschen müssen echte berufliche
645 Perspektiven oder sinnvolle, dem örtlichen Bedarf entsprechende
646 Beschäftigungsangebote erhalten.

647

648 In Bielefeld gibt es eine gewachsene, differenzierte Struktur erfah-
649 rener Vereine und Gesellschaften, die gezielte Angebote für Trai-
650 ning, Ausbildung und Beschäftigung anbieten können und erfolg-
651 reich gearbeitet haben.

652 Wir werden auch unter den jetzt gegebenen Bedingungen alles
653 daran setzen, diese Strukturen zu erhalten und nach Möglichkeit
654 auszubauen.

655

656 Mit der städtischen Tochtergesellschaft REGE mbH verfügen wir
657 über ein Unternehmen mit langjährigen Kompetenzen in der Ar-
658 beitsmarktpolitik. Diese möchten wir auch weiterhin insbesondere
659 für Konzeptentwicklung und Koordinierungsaufgaben nutzen. Wir
660 werden bei kommunalen Programmen verstärkt darauf angewiesen
661 sein, Projektmittel einzuwerben und wollen die Möglichkeiten mit
662 unserer städtischen Tochtergesellschaft nutzen.

663 Wir brauchen in Bielefeld weiterhin spezielle Arbeitsangebote für
664 besonders benachteiligte Menschen. Die bisherigen Erfahrungen
665 zeigen, dass auch die Allgemeinheit von solchen Programmen profi-
666 tiert. Dies lässt sich anhand zahlreicher Beispiele belegen. Die Wei-
667 terführung der Beschäftigung von QuartiershelferInnen und den
668 Ausbau weiterer geförderter Arbeitsplätze im Rahmen des Pro-
669 gramms „Jobperspektive“ unterstützen wir. Eine gezielte Auftrags-
670 vergabe an Arbeitsmarktprojekte ist die von Stadtentwicklung und
671 Beschäftigungsförderung, wirklichkeitsnahe Projekte für Teilnehme-
672 rInnen und zusätzliche Standbeine für die Träger verbindet, wollen
673 wir auch weiterhin unterstützen.

674

675 Auch Menschen mit weniger als drei Stunden Arbeitsfähigkeit muss
676 die Teilhabe an Arbeit ermöglicht werden. Hier werden wir uns wei-
677 ter für wirklichkeitsnahe und sinnvolle Projekte einsetzen.

678 **5. Solidarität und Soziale Gerechtigkeit**

679

680 Die Rahmenbedingungen für die Sozialpolitik setzen Bund und
681 Land, doch auch die Kommunen sind für die das soziale Netz ihrer
682 BürgerInnen verantwortlich. Wir können vor Ort nicht die Fehler
683 der Sozialreformen mit den viel zu niedrigen Regelsätzen für Hartz
684 IV-Berechtigte ausgleichen. Aber wir wollen auch zukünftig alle
685 kommunalen Möglichkeiten im Interesse der BürgerInnen nutzen,
686 die Hilfe brauchen.

687

688

689 **Solidarische Stadt**

690

691 Wir setzen alle unsere Möglichkeiten dafür ein, dass soziale Schief-
692 lagen frühzeitig erkannt und vermieden werden. Doch der kommu-
693 nale Einfluss auf die „Arbeit*plus* in Bielefeld“, an der die Stadt Bie-
694 lefeld zur Hälfte beteiligt ist, ist durch deren zentrale Steuerung
695 begrenzt. Auch bei der Gewährung der „Kosten der Unterkunft“ hat
696 die Stadt nur wenig Handlungsspielraum. Dennoch ist es uns ge-
697 lungen, durch die Formulierung von Ausnahmetatbeständen (etwa
698 für ältere Menschen oder für Familien mit grundschulpflichtigen
699 Kindern) Umzüge von Hartz IV-BezieherInnen weitestgehend zu
700 vermeiden. Wir wollen weiterhin Quartiere und Wohngebiete, in
701 denen Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen
702 leben können.

703 Wir werden auch weiterhin alles unternehmen, um Menschen in
704 Notlagen wirksam zu helfen. Hierzu sollen die kommunalen Ermes-
705 sensspielräume im Interesse der Betroffenen genutzt werden. Die
706 Ombudsstelle bei Arbeit*plus* soll bekannter gemacht und in ihren
707 Kompetenzen gestärkt werden.

708

709 **Energiesparen auch für Haushalte mit niedrigem** 710 **Einkommen ermöglichen**

711 Energiesparen lohnt sich, auch finanziell. Davon können auch Fami-
712 lien profitieren, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Durch
713 unsere Initiative konnte erreicht werden, dass Hartz IV-Haushalte
714 nach einer energetischen Sanierung trotz dadurch gestiegener
715 Kaltmiete in ihren Wohnungen bleiben können. Wir unterstützen
716 den Vorschlag der „Stiftung Solidarität“, auch sozial schwachen
717 Familien die Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten
718 zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir nach dem Muster ande-
719 rer Städte ein Projekt entwickeln, das Langzeitarbeitslose qualifi-
720 ziert und einkommensschwachen Haushalten eine kostenlose Ener-
721 gieberatung anbietet.

722

723 **Sozialticket einführen**

724

725 Mobilität durch Nutzung des ÖPNV ist eine zentrale Voraussetzung
726 für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und die Jobsuche.
727 Im Regelsatz für Hartz IV-Berechtigte ist ein Betrag von 15,70 €/
728 Monat für Mobilität enthalten. Damit kann kein Monatsticket finan-
729 ziert werden. Auch die preisreduzierten Tickets der Wohnungsge-
730 sellschaften und der „Stiftung Solidarität“ kosten derzeit noch we-
731 sentlich mehr. Wir halten es für notwendig, Bielefeld-Pass-

732 Berechtigten ein Monatsticket, möglichst für 16 €, anzubieten.
733 Dortmund, Köln und andere Städte machen uns vor, dass so etwas
734 geht.

735

736 **GRÜNER Leuchtturm: Sozialticket für Bielefeld-Pass-**
737 **Berechtigte**

738

739 **Soziales Netz erhalten**

740

741 Trotz der Veränderung der Zuständigkeiten im Rahmen der Sozial-
742 reformen, sind die städtischen Ausgaben im Sozialbereich stetig
743 weiter gestiegen. Dennoch konnten die Verträge mit den Anbietern
744 sozialer Leistungen 2006 erneut verlängert werden. Damit stehen
745 mehr als 13 Mio. Euro zur (Mit-)Finanzierung der vielfältigen sozia-
746 len Infrastruktur in Bielefeld zur Verfügung. Wir sind mit den Trä-
747 gern im Gespräch, um die Angebote bis zur nächsten Verlängerung
748 2010 zielgerichtet und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Dies
749 gilt insbesondere für die hervorragende Arbeit im Präventions- und
750 Beratungsbereich. Angesichts der Haushaltslage wird jedoch eine
751 umfassende Ausweitung des Budgets in den nächsten Jahren nach
752 derzeitigem Stand nicht möglich sein.

753

754 **Soziale Stadtentwicklung**

755

756 Auf Initiative der GRÜNEN gibt es seit 2006 einen jährlichen Bericht
757 zu „Lebenslagen und sozialen Leistungen in Bielefeld“. Hierdurch
758 werden den politisch Verantwortlichen aktuelle Daten zur Verfü-
759 gung gestellt, die es erlauben, auf qualitative und quantitative Ver-
760 änderungen rechtzeitig zu reagieren.

761 Wir werden in den kommenden Jahren verstärkt darauf achten,
762 dass die sich aus den Berichten ergebenden Konsequenzen zeitnah
763 umgesetzt werden. Hierzu sollen die existierenden Strukturen auf
764 Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft und neue Instrumente
765 (z.B. Quartiersmanagement) eingeführt werden. Die Kombination
766 mit Programmen wie „Stadtumbau West“ (z.B. im Ostmann-Viertel
767 und in Sennestadt) oder „Soziale Stadt“ (Sieker) hat sich als sinn-
768 voll erwiesen und soll fortgesetzt werden.

769

770 **In Bielefeld gesund leben**

771

772 Die Gesundheit ist in hohem Maße durch unsere Lebensbedingun-
773 gen beeinflusst. Menschen, die in Armut leben, sind besonders
774 stark von Gesundheitsrisiken betroffen. Gesundheitspolitik ist
775 kommunalpolitisch insbesondere dort relevant, wo es um Vorbeu-
776 gung sowie um Beratungs- und Unterstützungsangebote geht. In
777 Bielefeld sollen alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Chancen

778 auf ein gesundes Lebensumfeld haben. Unser Ziel ist es, gesund-
779 heitsfördernde Ressourcen zu stärken und schädigenden Umwelt-
780 einflüssen entgegen zu wirken.
781 Das in der Kindheit erlernte Gesundheitsverhalten beeinflusst die
782 Gesundheit ein Leben lang. Deshalb sind gesunde Ernährung, Be-
783 wegungsangebote und Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheits-
784 kompetenz von Familien von zentraler Bedeutung. Dazu gehören
785 niedrigschwellige und koordinierte Beratungs- und Unterstützungs-
786 angebote durch Sozial- und Gesundheitsdienste ebenso wie eine
787 Stärkung der Angebote zur Suchtprävention für Jugendliche und
788 Maßnahmen zur Verhinderung von Vernachlässigung, Gewalt und
789 Missbrauch.
790 Unser Ziel ist auch, die Gesundheit älterer Menschen zu fördern,
791 um ihre Selbständigkeit und Teilhabe am sozialen Leben zu erhal-
792 ten.
793 Wir setzen uns ein für einen Ausbau der Prävention und eine Orien-
794 tierung der Angebote an den persönlichen Lebenslagen sowie eine
795 Öffnung der schon im Rahmen des „Bielefelder Modells“ bestehen-
796 den Servicestützpunkte für alle Menschen eines Quartiers.

797

798 **6. Gesellschaftliche Teilhabe für alle** 799 **ermöglichen!**

800

801 Wir stehen für eine optimale Kinderbetreuung, vielfältige Angebote
802 für Jugendliche, eine Familienpolitik, die so bunt ist wie die heuti-
803 gen Familienformen, und eine moderne Frauenpolitik. Das Leben
804 im Alter wandelt sich, deshalb muss sich auch Politik für ältere
805 Menschen wandeln. Wir machen Politik für alle in Bielefeld.

806

807 **Kinder in den Mittelpunkt**

808

809 Der von uns initiierte Lebenslagenbericht hat ein erschreckendes
810 Ausmaß an Kinderarmut in Bielefeld aufgezeigt. Die Erhöhung des
811 Regelsatzes für Kinder aus Hartz IV-Haushalten ist überfällig. Auf
812 uns geht die Initiative zurück, das Mittagessen in Kindertagesein-
813 richtungen für Kinder aus Haushalten von GeringverdienerInnen
814 kostenfrei anzubieten. Dieses Ziel konnten wir nicht ganz errei-
815 chen, aber immerhin wird das Essen durch die Stadt subventioniert
816 und kann für einen Euro pro Mahlzeit angeboten werden. Es ist uns
817 wichtig, auch armen Kindern vielfältige sportliche und musische
818 Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb haben wir uns z.B. dafür einge-
819 setzt, dass Kurse zur Förderung von Gesundheit, Bewegung und
820 Sport für die Kinder von Arbeitslosen und GeringverdienerInnen
821 durch die Stadt mitfinanziert werden. Wir unterstützen den „Biele-

822 felder Kinderfonds“ der sich die Förderung von Kindern aus ärme-
823 ren Haushalten zum Ziel gesetzt hat.
824

825 **Bessere KiTas und mehr vorschulische Bil-** 826 **dung**

827 In den letzten Jahren hat sich in der Bielefelder Kinderpolitik soviel
828 bewegt wie selten zuvor. In fast allen Stadtteilen gibt es ein be-
829 darfsdeckendes Betreuungsangebot für 3- bis 6-Jährige. Auch im
830 Bereich der Betreuung Unter-Dreijähriger hat Bielefeld in quantita-
831 tiver Hinsicht deutlich zugelegt. Wir wissen aber: Die Betreuungs-
832 plätze für die ganz Kleinen reichen noch lange nicht aus. Deshalb
833 werden wir

834 Bielefelder GRÜNE uns dafür einsetzen, dass möglichst schnell ein
835 bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Unter-
836 Dreijährige geschaffen wird. Das alles ist trotz schwieriger Rah-
837 menbedingungen gelungen. Die Landesregierung aus CDU und FDP
838 hat bei den Zuschüssen

839 zu den Elternbeiträgen allein in Bielefeld mehrere Millionen Euro
840 gekürzt. Dennoch sind die Beiträge in Bielefeld nicht erhöht wor-
841 den, sondern in einigen Bereichen sogar deutlich gesunken. Wir
842 halten an der Beitragsfreiheit als langfristigem Ziel fest.
843

844 **Kinderbetreuung weiter verbessern**

845 Kindertageseinrichtungen sollen verstärkt ihrem Bildungsauftrag
846 nachkommen. Sie sollen Freude an Bildung vermitteln, den Grund-
847 stein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie legen und Lust auf Ler-
848 nen machen. Kinder zu stärken, in der Gemeinschaft zu lernen und
849 sich Freiräume zur Entfaltung zu erkämpfen, ist der Auftrag zu-
850 kunftsweisender Kindertageseinrichtungen.

851 Deshalb steht als nächster großer Schritt die qualitative Verbesse-
852 rung der Bielefelder Kindertageseinrichtungen an. Wir haben die
853 Bielefelder Qualitätsinitiative in Kindertagesstätten maßgeblich vo-
854 rangebracht. Bielefelder KiTas sollen künftig bei innovativen Kon-
855 zepten besonders gefördert werden, mit dem Ziel, diese Ideen in
856 allen Einrichtungen nutzbar zu machen.
857

858 → **Projekt: flexiblere Öffnungszeiten von KiTas, betriebsnahe**
859 **Einrichtungen und Kurzzeitbetreuung einsetzen.**
860

861
862

863 **Jugendpolitik: Mittendrin statt nur dabei**

864

865 GRÜNE stehen für eine selbstbestimmte Jugendpolitik. Wir wollen
866 deshalb nicht nur Angebote für Jugendliche innerhalb der Instituti-
867 onen der Kinder- und Jugendarbeit, sondern stärker als bisher auch

868 selbstorganisierte Projekte fördern. Dieser Grundsatz liegt unserem
869 Konzept für Kinder- und Jugendkulturarbeit zugrunde. Wir werden
870 ihn in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit weiter ent-
871 wickeln.

872

873 Die Vielfalt solcher Projekte zeigt: Kinder und Jugendliche wissen
874 selbst am besten, was gut für sie ist. Deshalb muss Bielefeld sich
875 endlich für ihre politische Beteiligung öffnen. Die anderen Parteien
876 sperren sich trotz vieler guter Beispiele aus anderen Städten und
877 einiger gelungenen Einzelprojekten in Bielefelder Stadtteilen dage-
878 gen, wo sie nur können. Wir halten unsere Forderung aufrecht, re-
879 gelmäßig themenspezifische Kinder- und Jugendforen abzuhalten.
880 Deren Ausgestaltung muss auf jeden Fall darauf eingehen, welche
881 Formen der Teilhabe die jungen BielefelderInnen hierfür bevorzu-
882 gen.

883

884 **→ Projekt: In der nächsten Legislaturperiode soll es thema-**
885 **tische Jugendforen in jedem Stadtbezirk geben.**

886

887 Wir wollen den gerechten Zugang zu Bildungsangeboten gerade für
888 Jugendliche gewährleisten. Dazu gehört insbesondere der Zugang
889 zum Internet, der für alle jungen Menschen kostenlos gegeben sein
890 soll. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Städte in Kooperation
891 mit privaten UnterstützerInnen ein freies W-LAN im Stadtbereich
892 schaffen.

893

894 **Die Stadt ist für alle da**

895

896 Es gibt zu wenige nicht kommerzialisierte Plätze und Räume in der
897 Stadt, um sich zu treffen und „abzuhängen“. Als GRÜNE wissen
898 wir: Die Stadt gehört auch den Jungen, die sie aber anders nutzen
899 als Ältere. Das Stadtbild wird sich durch die Alterung der Gesell-
900 schaft wandeln. Anlaufstellen für junge Menschen sind nicht nur
901 Häuser der Offenen Tür oder Angebote der Mobilen Arbeit. Wir se-
902 hen auch die soziale Funktion von Kultur-, Freizeit- und Sportange-
903 boten und wollen diese wie in Kapitel 2 beschrieben fördern.
904 Viele Jugendeinrichtungen sind sanierungsbedürftig. Wir sehen hier
905 eine Zukunftsinvestition, die wir zeitnah tätigen wollen.

906

907 **Familienpolitik**

908

909 GRÜNE sind die Wegbereiter eines modernen Familienbilds. In un-
910 serer Familienpolitik haben neue Familienformen einen festen Platz.
911 Wir haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einem zent-
912 ralen Thema der Gesellschaft gemacht und kommunal in den letz-
913 ten Jahren viele Initiativen angestoßen, um sie zu ermöglichen.
914 Dabei sind kommunal vor allem Veränderungen der Kinderbetreu-
915 ung gefragt. Wir brauchen innovative Formen, die sich durch Be-

916 triebsnähe, Flexibilität der Öffnungszeiten und auch kurzzeitige
917 Betreuungsangebote auszeichnen. Wir werden für ArbeitgeberInnen
918 Anreize schaffen, ihre Betriebe familiengerecht weiterzuentwickeln.
919
920 Familie ist aber nicht nur da, wo Kinder sind. In einer Gesellschaft,
921 die immer älter wird, übernehmen immer mehr Menschen die Pflege
922 älterer Angehöriger. Familienpolitik muss auch hierauf Rücksicht
923 nehmen und ehrenamtliche Netzwerkstrukturen ausbauen.

924

925 **Kinder besser schützen – Eltern besser unterstützen** 926

927 Tragische Fälle von Vernachlässigungen und Misshandlungen von
928 Kindern, sind nur die Spitze des Eisbergs. Kinderschutz darf in unserer
929 Stadt keinesfalls unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Das Land
930 muss dafür die Rahmenbedingungen setzen.

931

932 Das Personal im Jugendamt wurde in den letzten Jahren wieder
933 deutlich aufgestockt. Die Verwaltung hat ein Schutzkonzept unter
934 dem Label „Kinderschutz durch Prävention“ erarbeitet, das wir
935 grundsätzlich unterstützen. Für uns ist es wichtig, dafür alle Akteu-
936 rInnen zu vernetzen. Kommunikations- und Rückmeldestrukturen
937 sind auszubauen. Allein auf Prävention zu setzen, scheint uns je-
938 doch nicht ausreichend. In vielen anderen Ländern und Kommunen
939 hat es sich bewährt, junge Eltern nach der Geburt ihrer Kinder zu
940 besuchen, und ihnen unterstützende Angebote zu machen. Wir
941 wollen dafür die nötigen Ressourcen bereitstellen. Diese Besuche
942 funktionieren aber nur, wenn alle Eltern rechtzeitig erreicht wer-
943 den, und etwaige Problemgruppen dadurch nicht stigmatisiert wer-
944 den.

945

946 **Altenpolitik**

947 Auch Bielefeld wird älter. Die jetzt älter werdende Generation stellt
948 sich von ihren Interessen und Wünschen sehr unterschiedlich dar.
949 Sie bringt ein hohes Maß an Kompetenzen und Fähigkeiten mit. Der
950 Ausbau von Eigeninitiative und Selbstorganisation liegt uns beson-
951 ders am Herzen. Wir möchten in jedem Stadtteil Netzwerke ansto-
952 ßen und unterstützen, die den Kontakt untereinander fördern,
953 Freundschaften aufbauen und dazu beitragen, die Freizeitgestal-
954 tung in die eigene Hand nehmen. Das ist für uns der richtige Weg,
955 Vereinsamung vorzubeugen und gegenseitige Unterstützung zu
956 gewährleisten. Der bereits begonnene Ansatz, besonders innovati-
957 ve Projekte auch finanziell zu fördern, ist weiter zu entwickeln.
958 Zukunftsfähige Wohn und Freizeit-Angebote für ältere Bielefelder
959 rInnen müssen der Vielfalt der „neuen Alten“ entsprechen. Die Bie-
960 lefelder Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften bieten be-
961 reits eine Vielzahl unterschiedlicher, bedarfsorientierter Wohnfor-
962 men vor, die es abzusichern und weiter zu entwickeln gilt.

963 Hier müssen in Zukunft insbesondere die Wünsche von Migrantin-
964 nen und Migranten berücksichtigt werden.
965 Für den Austausch der Generationen untereinander streben wir an,
966 dass es für möglichst viele Schulen und KiTas „Generationenprojek-
967 te“ gibt. Dafür soll von der Stadt eine Kontaktbörse eingerichtet
968 werden.

969
970 Ein wichtiger Bestandteil der kommunalen SeniorInnenpolitik ist
971 der direktgewählte Seniorenrat. Er arbeitet konstruktiv und mit
972 großem Engagement und hat zahlreiche wichtige Initiativen auf den
973 Weg gebracht. Wir setzen uns für eine Stärkung der Rechte des
974 Seniorenrats ein.

975

976 **Vision: Altsein in Bielefeld im Jahr 2015**

977

Wenn ich einmal alt bin...

978

★ lebe ich weiter in meiner Wohnung.

979

★ Meine Nachbarn, die mit mir zusammen alt geworden sind,
980 und ich treffen uns jetzt regelmäßig 1x wöchentlich zum Klö-
981 nen und gemeinsamen Essen.

982

★ Wenn ich keine Lust habe zu kochen, kann ich mich zum Mit-
983 tagessen im Pflegeheim oder der Kita (ganz zur Freude der
984 Kinder) um die Ecke anmelden.

985

★ Neben den alten Nachbarn ziehen verstärkt junge Familien in
986 unsere Siedlung. Diese bekommen von der Stadt als Anreiz
987 einen Mietzuschuss und können die Gärten nutzen, die einige
988 Ältere zur Verfügung stellen. Denen macht die Bewirtschaf-
989 tung ihres Gartens mittlerweile viel zu viel Arbeit.

990

★ Angeregt durch den Quartiersmanager gibt es ein Babysitter-
991 programm. Man kann sich als „Ersatzoma“ bewerben, was ich
992 gerne tue, da meine eigenen Enkel nicht in meiner Nähe
993 wohnen und ich gerne mit kleinen Kindern zu tun habe.

994

★ Als Gegenleistung fürs Babysitten habe ich Auto-mit-fahrten
995 frei oder ich gebe meine (mittlerweile kleine) Einkaufsliste ab.
996 Der Einkauf wird mir dann mitgebracht.

997

★ Ein eigenes Auto brauche ich nicht, da ganz in meiner Nähe
998 die Mietwagenstation ist und mir auch mein Fahrrad mit E-
999 lektromotor die Mobilität erhält.

1000

★ Seit dem ich 70 bin, werde ich regelmäßig 2 x im Jahr (natür-
1001 lich nach Ankündigung) von einer Mitarbeiterin der Stadt be-
1002 sucht, die sich nach meinem Befinden erkundigt und mich
1003 über die unterschiedlichen Angebote für Ältere (das bin ich
1004 jetzt ja) informiert. Diese Besuche sind eingeführt worden,
1005 nachdem es einige spektakuläre Fälle von verwahrlosten al-
1006 ten Menschen in ihren Wohnungen gab.

1007

★ Es werden auch unterschiedlichste Wohnformen in meiner
1008 Stadt angeboten: Ich kann mir überlegen, ob ich meine WG-
1009 Erfahrungen aus frühen Jahre in einer Alten-WG auffrischen
1010 möchte, lieber in eine Wohnung mit Serviceangeboten einzie-

1011
1012
1013
1014
1015
1016
1017
1018
1019
1020
1021
1022
1023
1024
1025
1026
1027
1028
1029
1030
1031
1032
1033

- he oder eine ambulante Unterstützung in meiner Wohnung in Anspruch nehme, wenn ich nicht mehr allein zurecht komme.
- ★ Den Seniorentreff in unserem Stadtteil gibt es nicht mehr. Er ist von den regelmäßigen Quartierstreffs für alle Generationen und Kulturen abgelöst worden. Seitdem treffen sich dort auch viele junge Mütter und Väter und es geht sehr lebhaft zu.
 - ★ Wir organisieren im Treff Feste und Ausflüge, koordinieren die Nachbarschaftshilfe und schließen neue Freundschaften. Erst hier habe ich mitbekommen, wie viele meiner Nachbarn zugewandert sind. Wir versuchen jetzt mit drei Leuten türkisch zu lernen, eine echte Herausforderung! Viel erfolgreicher sind wir da schon bei den wöchentlichen Tavla-Turnieren.
 - ★ Im Treff gibt es auch Computerarbeitsplätze mit Internetzugang, sodass auch Menschen ohne eigenen PC am virtuellen „Leben“ teilhaben können. Die Wartung dieser PCs übernehmen Schüler der Realschule im Rahmen ihrer Informatikkurse. Mit den „Küken“ treffen wir uns auch regelmäßig zum diskutieren.
 - ★ Ich gehe sehr gerne in unseren Quartierstreff und möchte ihn nicht mehr missen. Vorher, als Seniorentreff, war mir das Ambiente zu altmodisch...

1034 **Mobilität für alle**

1035
1036
1037
1038
1039
1040
1041
1042
1043
1044
1045
1046
1047
1048
1049

Mobilität ist die Voraussetzung für eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Deshalb wollen wir erreichen, dass möglichst alle barrierefrei und bezahlbar von A nach B kommen können. Mit moBiel haben wir dafür einen leistungsfähigen, kundInnenorientierten Partner. Wir setzen uns für einen barrierefreien Ausbau aller Bus- und Bahnhaltstellen ein, die den Öffentlichen Personennahverkehr für jung und alt, behinderte und nichtbehinderte oder Menschen mit Kinderwagen attraktiv macht. Wir haben das Freizeitticket für Kinder und Jugendliche angestoßen und wollen für Bielefeld-Pass-Berechtigte ein bezahlbares Sozialticket. Viele Menschen nutzen bereits Car Sharing. Das ist im Interesse unserer kommunalen Klimaschutzaktivitäten. Wir wollen bessere Bedingungen für Car Sharing Angebote schaffen.

1050 **Mindestens die Hälfte für Frauen**

1051
1052
1053
1054
1055
1056

Immer noch sind Frauen in den meisten gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Das trifft auch auf die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung zu. Die GRÜNEN sind nach wie vor die einzige Partei, die es mit der Geschlechtergerechtigkeit ernst meint und mindestens jeden zweiten Platz auf Wahllisten mit einer Frau

1057 besetzt. Wir streiten dafür, dass Bielefeld in der nächsten Ratsperi-
1058 ode von einer Frau repräsentiert wird!
1059 Trotz aller Bemühungen sind Frauen in Führungsfunktionen der
1060 Stadtverwaltung immer noch viel zu selten zu finden. Wir wollen,
1061 dass „Frauen in Führungsfunktionen“ eine zentrale Aufgabe der
1062 Personalentwicklung wird. Nach dem Wegfall der Kontaktstellen
1063 „Frau und Beruf“ fordern wir ein angemessenes Ersatzangebot.
1064 Nach wie vor brauchen Frauen und Mädchen, auch und besonders
1065 solche mit Migrationshintergrund, eine funktionierende und adä-
1066 quate Infrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, die existierenden Be-
1067 ratungsstellen, Betreuungseinrichtungen und Freizeitangebote zu
1068 erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Besonders den Proble-
1069 men und Bedürfnissen der Mädchen und Frauen mit Migrations-
1070 und unterschiedlichem kulturellem Hintergrund soll durch spezielle
1071 Angebote Rechnung getragen werden.
1072

Integration als zentrale Aufgabe

1073
1074
1075 Bereits jede/r vierte BielefelderIn hat einen Migrationshintergrund.
1076 Diese Menschen aus mehr als 120 Nationen sind längst selbstver-
1077 ständlicher Teil unseres Alltags, obwohl sie längst noch nicht die
1078 gleichen Rechte und gleiche Chancen haben. Die Städte und Ge-
1079 meinden sind die Orte, in denen Integration stattfinden muss. Wir
1080 begrüßen deshalb die Einrichtung des städtischen Amtes für Integ-
1081 ration und interkulturelle Angelegenheiten durch den Oberbürger-
1082 meister. Doch nun müssen auch konkrete und spürbare Taten fol-
1083 gen. Wir fordern die zügige Umsetzung des Integrationskonzepts,
1084 eine verstärkte Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshin-
1085 tergrund bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften sowie die
1086 Öffnung aller Verwaltungsbereiche für MitarbeiterInnen mit Migrati-
1087 onshintergrund.
1088 Das Zusammenleben vor Ort wollen wir durch quartiersbezogene
1089 Projekte und Stadtteilkonferenzen verbessern. Zum Zusammenle-
1090 ben von Menschen verschiedener Weltanschauungen, Kulturen und
1091 Religionen gehört auch Begegnung und gegenseitiger Respekt.
1092 Auch in Bielefeld muss es möglich sein, Moscheen mit Minarett zu
1093 errichten!

1094
1095 Die Kompetenzen des Migrationsrates wollen wir stärken durch ein
1096 eigenständiges Antrags- und Budgetrecht. Wir setzen uns für die
1097 Einrichtung eines Ausschusses für Integration ein.
1098

Menschen mit Behinderung gehören dazu

1099
1100
1101 Wir möchten Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen
1102 die gleichen Zugänge ermöglichen wie allen anderen auch. Der
1103 gemeinsame Kindergartenbesuch gehört so selbstverständlich dazu
1104 wie der gemeinsame Schulbesuch. Plätze für Unter-Dreijährige Kin-

1105 der sind bisher nicht vorhanden. Die neuen Fördermöglichkeiten
1106 möchten wir schnellstens nutzen und eine ausreichende Platzzahl
1107 für behinderte Kinder unter 3 Jahren schaffen. Auch im Kindergar-
1108 tenbereich setzen wir uns für einen bedarfsgerechten Ausbau ein.
1109 Bielefeld als Sitz der beiden größten Diakonischen Träger Europas
1110 und einer Vielzahl an behindertenspezifischen Einrichtungen und
1111 Diensten kann auf lange fachliche Tradition in der Behindertenhilfe
1112 und Sozialpsychiatrie zurückblicken. Die bestehende Infrastruktur
1113 und die Hilfesysteme der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie
1114 sind differenziert und fachlich aufeinander abgestimmt.
1115 Der Abbau von stationären Plätzen ist ein wichtiger Schritt in mehr
1116 Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung. Wir unterstüt-
1117 zen die Entwicklung „ambulant vor stationär“. Wir wollen verstärkt
1118 Nachbarschaften und Quartiersmodelle einrichten, die eine Teilhabe
1119 von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben er-
1120 ermöglichen. Dazu ist aus unserer Sicht eine gemeinsame Planung
1121 von Kommune und Trägern notwendig.

1122
1123 Durch den medizinischen Fortschritt ist die Lebenserwartung von
1124 Menschen mit Behinderung deutlich gestiegen. Auch die Anzahl von
1125 Menschen mit psychischen und seelischen Behinderungen nimmt
1126 stetig zu. Die Kommune muss Konzepte entwickeln, die ein selbst
1127 bestimmtes Leben dieser Menschen ermöglichen.

1128
1129

1130 **7. Zukunft durch Bildung**

1131 Bildung ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Wir verstehen
1132 Lernen als lebenslangen Prozess, dessen Rahmenbedingungen vor
1133 Ort gestaltet werden. Wir setzen uns ein für Kindertageseinrichtun-
1134 gen, die unserem Bildungsanspruch genügen, Schulen, die trotz
1135 ungünstiger Rahmenbedingungen des Landes ihre SchülerInnen auf
1136 die Herausforderungen des Lebens vorbereiten, bessere berufliche
1137 Bildung, einen zukunftsfähigen Hochschulstandort und die gute
1138 Ausgestaltung der weiteren Lernräume, wie der Stadtbibliothek und
1139 der Volkshochschule.

1140

1141 **Kommunen über Schulangebote selbst entscheiden lassen**

1142 Die Stadt Bielefeld hat große Erfolge hinsichtlich der Sanierung von
1143 Schulen erreicht. Das Programm für den räumlichen Ausbau von
1144 Schulen zu Ganztagschulen in der Sekundarstufe läuft an. Aber
1145 unser vielgliedriges Schulsystem zementiert nicht nur die Koppe-
1146 lung des Schulerfolgs an die soziale Herkunft, es engt auch den
1147 Handlungsspielraum der Kommunen bei der Bewältigung vieler
1148 Probleme stark ein. Deshalb fordern wir vom Land NRW mehr Ei-
1149 genständigkeit der Kommunen hinsichtlich der inneren Schulange-
1150 legenheiten.

1151

1152 **Länger gemeinsam lernen**

1153 Längeres gemeinsames Lernen nützt allen Kindern und Jugendli-
1154 chen. In Bielefeld besuchen viel zu viele Kinder Förderschulen. Ge-
1155 rade Jungen mit Migrationshintergrund werden häufig schon vor
1156 der Grundschule aussortiert und an eine Förderschule überwiesen.
1157 Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne
1158 Förderbedarf an der Grundschule und an allen weiterführenden
1159 Schulen ausbauen. Unser Ziel ist „Eine Schule für alle“ bis zum En-
1160 de der Sekundarstufe I, an die sich eine gymnasiale Oberstufe oder
1161 eine berufsbildende Oberstufe anschließt. Die Aufteilung nach der
1162 vierten Klasse ist viel zu früh, denn niemand kann in diesem Alter
1163 voraussehen, wie ein Kind sich in der Schule entwickeln wird. Des-
1164 halb unterstützen wir alle Initiativen, die darauf abzielen, Bildungs-
1165 gänge zusammenzuführen und das längere gemeinsame Lernen
1166 aller Kinder zu ermöglichen.

1167 *Grundschulen wohnortnah erhalten*

1168 Die Zahl der Kinder, die die Grundschulen in den nächsten Jahren
1169 besuchen, nimmt kontinuierlich ab. Wir sehen in der Weiterent-
1170 wicklung der offenen Ganztagsgrundschule (OGS) zur gebundenen
1171 Ganztagschule mit gemeinsamen Unterricht für behinderte und
1172 nicht behinderte Kinder nicht nur die Chance, den Schulalltag nach
1173 pädagogischen Gesichtspunkten neu zu gestalten, sondern auch
1174 einen Weg, möglichst alle wohnortnahen Grundschulen zu erhalten,
1175 um kurze Wege für kurze Beine zu ermöglichen.

1176

1177 *Ganztag für alle – Schule ist mehr als ein Lernort*

1178 Wir GRÜNE setzen auf den Ausbau der Ganztagschulen. Denn in
1179 der Ganztagschule gibt es mehr Zeit und Raum für individuelle
1180 Förderung und für eine Entzerrung des Schulalltags, die erfolgrei-
1181 ches Lernen befördert. Die Zusammenarbeit mit Trägern der Ju-
1182 gendhilfe hat die Grundschulen verändert und zu Lebensorten wer-
1183 den lassen, wo Kinder Anregungen und Hilfen erhalten. Diese Zu-
1184 sammenarbeit wollen wir erhalten und die Angebote qualitativ
1185 verbessern. Wir wollen aber nicht bei den offenen Ganztagschulen
1186 stehen bleiben. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen,
1187 dass sich die offene Ganztagsgrundschule zu einer gebundenen
1188 Ganztagschule für alle Kinder ohne Elternbeiträge entwickeln
1189 kann. Es ist unverständlich, dass der Ausbau der weiterführenden
1190 Schulen zu Ganztagschulen ohne Elternbeiträge erfolgt, die Eltern
1191 jüngerer Kinder aber Elternbeiträge zahlen sollen.

1192 In den kommenden Jahren wird ein Schwerpunkt auf dem Ausbau
1193 der weiterführenden Schulen zu Ganztagschulen liegen. Dies ist
1194 längst überfällig. Durch die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien
1195 wurde der Ganztag faktisch durch die Hintertüre eingeführt, denn
1196 selbst Schülerinnen und Schüler der unteren Klassen haben bis in
1197 den Nachmittag hinein Unterricht. Wir unterstützen den Ganz-

1198 tagsausbau an den weiterführenden Schulen und wollen ihn per-
1199 spektivisch in allen Schulen ermöglichen. An jeder Schule muss ei-
1200 ne Schulmahlzeit angeboten werden. Von dieser Schulmahlzeit darf
1201 kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen sein. Dies muss
1202 die Stadt gewährleisten.

1203

1204 *Schulentwicklungsplanung*

1205 Auch wenn die Anzahl der SchülerInnen in den Grundschulen ab-
1206 nimmt, durch die Einführung des Ganztags wird mehr und nicht
1207 weniger Schulraum benötigt. Im Bereich der Sekundarstufe I hat
1208 sich das Wahlverhalten stark verändert. Die Hauptschule wird von
1209 immer weniger Eltern für ihre Kinder gewählt. Deshalb wird die
1210 Hauptschule Sieker 2009 geschlossen. Weitere Hauptschulen könn-
1211 ten folgen. Diese Schulen bieten aber häufig zu wenig Raum, um
1212 darin eine Stadtteilschule einzurichten. Deshalb wollen wir überall
1213 dort, wo in enger räumlicher Nachbarschaft Hauptschulen und Re-
1214 alschulen liegen, Stadtteilschulen einrichten, die alle Schulab-
1215 schlüsse der Sekundarstufe I ermöglichen und eine große Durch-
1216 lässigkeit hinsichtlich des Bildungsgangs für die Schülerinnen und
1217 Schüler erlauben. Wir wollen eine Stadtteilschule in Jöllenbeck oder
1218 im Bielefelder Süden einrichten

1219 Es ist ein Skandal, dass trotz großer Nachfrage die Landesregierung
1220 keine weiteren Gesamtschulen mit einer gymnasialen Oberstufe
1221 und mit Ganztag genehmigt. Wir wollen am Schulzentrum in
1222 Brackwede durch Zusammenlegen der Realschule und des Gymna-
1223 siums eine weitere Gesamtschule in Bielefeld anbieten. Dort könn-
1224 ten dann auch die Schülerinnen und Schüler, die heute noch die
1225 Brackweder Hauptschule besuchen in einer Schule für alle eine
1226 bessere Förderung und Akzeptanz erfahren.

1227 Projekt: Gründung einer Stadtteilschule in Jöllenbeck

1228

1229 **Bilinguale Zweige auch mit Deutsch-Türkisch und Deutsch-** 1230 **Russisch einrichten**

1231 Kinder mit Migrationshintergrund haben noch immer schlechtere
1232 Bildungschancen als andere Kinder. Diese Ungerechtigkeit wollen
1233 wir überwinden. Zweisprachigkeit muss durchgängig gefördert
1234 werden. Wir wollen erreichen, dass weitere Schulen in Bielefeld bi-
1235 linguale Zweige einrichten, z.B. Deutsch-Türkisch und Deutsch-
1236 Russisch. Solche Angebote können dazu beitragen, die Begabungen
1237 von Kindern mit türkischer oder russischer Muttersprache zum Vor-
1238 teil der gesamten Gesellschaft besser zu nutzen.

1239

1240 **Berufliche Bildung**

1241 Mit dem Programm „JiB & Job“ haben wir den Übergang von Schule
1242 zu Beruf zwar verbessert, dennoch finden immer noch nicht alle

1243 Jugendlichen nach der Schule einen Ausbildungsplatz. Die Angebo-
1244 te für nicht ausreichend qualifizierte Jugendliche im Berufsgrund-
1245 schuljahr oder im Berufsvorbereitungsjahr werden vielfach als War-
1246 teschleifen beschrieben, denn sie verbessern nur in Ausnahmefäl-
1247 len die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz. Diese
1248 Angebote entsprechen nicht den Bedürfnissen der Jugendlichen.
1249 Produktionsschulen, die die praktischen Fähigkeiten der Jugendli-
1250 chen besser nutzen und fördern, sind notwendig, um hier Verbes-
1251 serungen zu erreichen.
1252 In der beruflichen Bildung hat sich ein kontinuierlicher Wandel voll-
1253 zogen. Nur noch jede/r zweite Jugendliche wird im Betrieb ausge-
1254 bildet, alle anderen Azubis besuchen überbetriebliche Bildungsein-
1255 richtungen oder erlernen in vollschulischen Ausbildungsgängen an
1256 den Berufskollegs einen Beruf.
1257 In Beruflichen Gymnasien richten die Berufskollegs zunehmend Bil-
1258 dungsgänge in der gymnasialen Oberstufe ein, um Jugendlichen
1259 mit Qualifikationsvermerk nach der zehnten Klasse in einer berufs-
1260 orientierten Oberstufe das Abitur oder die Fachhochschulreife zu
1261 ermöglichen. Wir wollen die Berufskollegs in diesem Weg unter-
1262 stützen, wenn sich damit zusätzliche Chancen für Jugendliche, die
1263 an Hauptschulen und Realschulen oder später an Stadtteilschulen
1264 den Q-Vermerk erwerben, ergeben.

1265

1266 **Beste Bedingungen für den Hochschulstandort Bie-** 1267 **lefeld**

1268

1269 Die sieben Hochschulen locken jedes Jahr viele tausend junge Men-
1270 schen nach Bielefeld. Sie schaffen Arbeitsplätze und fördern inno-
1271 vative Prozesse. GRÜNE Kommunalpolitik will deshalb dazu beitra-
1272 gen, für Studierende und Beschäftigte optimale Lebens- und Ar-
1273beitsbedingungen zu schaffen.

1274 Dies schlägt sich in vielen Bereichen nieder. Es muss in Bielefeld
1275 ausreichend bezahlbaren und für Studierende und akademisches
1276 Personal attraktiven Wohnraum geben. Wir berücksichtigen dies in
1277 unserer Stadtentwicklungspolitik. Wir fordern stadtweit eine studie-
1278 rendengerechte Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten, zuvorderst also
1279 ausreichenden und kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr. Dar-
1280 über hinaus wollen wir Studierenden Brücken bauen, dauerhaft in
1281 Bielefeld zu leben. Wir wollen positive Anreize schaffen, damit Stu-
1282 dierende sich für Bielefeld als ersten Wohnsitz entscheiden, um
1283 damit die Zweitwohnungssteuer überflüssig zu machen. Wir wollen
1284 die Möglichkeiten für (angehende) Akademikerinnen und Akademi-
1285 ker verbessern, eine Familie zu gründen. Wir wollen auch als Stadt
1286 bei der Weiterentwicklung der familiengerechten Hochschule mit-
1287 wirken. Es gilt, die Betreuungsstrukturen auszubauen, die speziell
1288 auf die Bedürfnisse von Studierenden und Beschäftigten der Hoch-

1289 schulen zugeschnitten sind. Dies sind insbesondere flexible Betreu-
1290 ungs- und Öffnungszeiten und Kapazitäten in unmittelbarer räumli-
1291 cher Nähe zu den Hochschulen. Wir möchten aber auch ehrenamtli-
1292 che Betreuungsnetzwerke von Hochschulangehörigen fördern.
1293 Hochschulen brauchen auch räumliche Kapazitäten. Nach langer
1294 kontroverser Diskussion und inhaltlicher Abwägung haben sich die
1295 GRÜNEN entschieden, die Erweiterung des Hochschulcampus und
1296 die Ansiedlung der Fachhochschule Bielefeld auf der „Langen Lage“
1297 zu unterstützen. Im weiteren Verfahren werden wir jedoch darauf
1298 achten, dass eine anwohnerInnen- und umweltverträgliche Ver-
1299 kehrsanbindung erfolgt und eine optimale fußläufige Verbindung
1300 zwischen der Uni und der neuen Fachhochschule geschaffen wird.
1301 Die umliegende Kulturlandschaft mit ihren schützenswerten Sieken
1302 ist auf Dauer von Bebauung frei zu halten. Für die freiwerdenden
1303 innerstädtischen Fachhochschul-Flächen soll bereits im Vorfeld ein
1304 städtebaulich sinnvolles Nutzungskonzept erarbeitet werden.

1305 *Lebenslanges Lernen*

1306 Einrichtungen, die es ermöglichen im zweiten Bildungsweg Schul-
1307 abschlüsse nachzuholen oder höhere Abschlüsse zu erwerben, wol-
1308 len wir erhalten. Unser Anspruch ist es, allen Bielefelderinnen und
1309 Bielefeldern gute Möglichkeiten zu bieten, sich lebenslang weiter-
1310 zubilden. Solche Gelegenheiten bieten sich in den Museen, der
1311 Stadtbibliothek und in der Volkshochschule. Wir unterstützen die
1312 Einrichtungen darin, ihre Angebote für eine breite Zielgruppe be-
1313 darfsgerecht weiter zu entwickeln und einem größeren Publikum zu
1314 öffnen.

1315

1316 **8. Mehr Transparenz und BürgerInnen-** 1317 **beteiligung**

1318

1319 **Mehr Öffentlichkeit und Transparenz**

1320 Der Rat macht Politik im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger und
1321 für sie. Deshalb müssen Entscheidungen transparent und öffentlich
1322 sein. Die Gemeindeordnung schreibt ausdrücklich Öffentlichkeit
1323 vor, nichtöffentliche Entscheidungen müssen die Ausnahme und
1324 besonders begründet sein. Politische Diskussionen gehören in die
1325 öffentlichen Ausschüsse. Viele Entscheidungen werden in Bielefeld
1326 in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen getroffen, z.B. bei den
1327 Stadtwerken, bei moBiel, den städtischen Kliniken oder der Stadt-
1328 halle. Wir fordern, dass die Aufsichtsräte dieser Unternehmen öf-
1329 fentlich tagen.

1330

1331 **BürgerInnenbeteiligung ausbauen**

1332 Die notwendigen Veränderungen unserer Stadt können nur mit
1333 größtmöglicher Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vorberei-
1334 tet und umgesetzt werden. Deshalb müssen wir die Menschen frü-
1335 her und stärker als bisher in die Entscheidungsfindung einbeziehen.
1336 Wo dies möglich ist, sollen Entscheidungen an die BürgerInnen de-
1337 legiert werden.

1338 Runde Tische sind nach unserer Erfahrung als Instrument der Bür-
1339 gerInnenbeteiligung nicht geeignet. Zu oft mussten Menschen, die
1340 sich mit viel Engagement eingebracht haben, wie am Runden Tisch
1341 Detmolder Straße, die Erfahrung machen, dass der Rat ihren Emp-
1342 fehlungen nicht gefolgt ist. Das führt zu Politikverdrossenheit und
1343 Demotivation. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten, dass Bürgerin-
1344 nen und Bürger selbst über ihre Belange entscheiden, ausbauen.
1345 Die Gemeindeordnung sieht das Instrument eines vom Rat initiierten
1346 Bürgerentscheids vor. Diese Möglichkeit wollen wir künftig bei
1347 Stadtentwicklungsmaßnahmen von großer Tragweite nutzen.

1348

1349 **Kommunales Wahlrecht für alle**

1350 Wir sind für das kommunale Wahlrecht aller in Bielefeld seit mehr
1351 als sechs Monaten lebenden Menschen, unabhängig von ihrer
1352 Staatsangehörigkeit. Dieses Ziel lässt sich jedoch nur durch Ände-
1353 rung des Kommunalwahlrechts auf Landesebene erreichen. Dafür
1354 werden wir uns weiterhin einsetzen.

1355 Solange nur BürgerInnen aus der EU bei der Kommunalwahl teil-
1356 nehmen dürfen, haben alle übrigen Menschen mit fremdem Pass
1357 nur die Möglichkeit, ihre Interessen im Migrationsrat zu vertreten.
1358 Die Öffentlichkeit soll auch durch beratende Mitgliedschaft in Aus-
1359 schüssen stärker beteiligt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
1360 z.B. der Schulausschuss um eine/n SchülervertreterIn und eine/n
1361 VertreterIn der Elternschaft als beratende Mitglieder erweitert wird.

1362

1363 **BürgerInnenhaushalt ermöglichen**

1364 Die städtischen Finanzen sind für viele Menschen ein Buch mit sie-
1365 ben Siegeln. Um mehr Transparenz herzustellen und Bürgerinnen
1366 und Bürger an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, gibt es in
1367 vielen Kommunen bereits „Bürgerhaushalte“. Wir setzen uns dafür
1368 ein, dass auch in Bielefeld dieses Instrument endlich eingeführt und
1369 praktiziert wird.

1370

1371 **Projekt: Bürgerhaushalt**

1372

1373 **Ehrenamtliches Engagement stärken**

1374 Ohne ehrenamtliches Engagement wäre in unserer Stadt vieles
1375 nicht möglich. Das soziale Netzwerk, das kulturelle Leben, der
1376 Sport, der Naturschutz, die Nachbarschaftshilfe oder die Feuer-
1377 wehr: das alles lebt von den vielen ehrenamtlich Tätigen.

1378 Seit fünf Jahren werden die Stadtteilbibliothek Dornberg, Jöllen-
1379 beck, Heepen und Baumheide durch Ehrenamtliche geführt. Sie
1380 haben die Angebote der Bibliotheken durch kulturelle Veranstaltun-
1381 gen und Möglichkeiten der Begegnung erweitert. Das Engagement
1382 wurde durch die Menschen im Stadtteil belohnt, die Stadtteilbiblio-
1383 theken haben wieder einen erfreulich großen Zulauf.
1384 Wir wollen alle Menschen unterstützen, die sich engagieren oder in
1385 Zukunft engagieren wollen. Wir freuen uns, dass sich in Bielefeld
1386 eine Anerkennungskultur dieser für das Gemeinwohl so wichtigen
1387 Arbeit entwickelt. Die „Engagement-Card“ ist ein erster Schritt da-
1388 zu. Der Kulturpreis der Stadt wird nach fast 20 Jahren erstmals
1389 wieder vergeben und auch mit dem Umweltpreis werden Ehrenamt-
1390 liche regelmäßig geehrt. Mit der Einführung der „Ehrennadel der
1391 Stadt Bielefeld“ haben wir eine weitere Möglichkeit zur Anerken-
1392 nung des ehrenamtlichen Engagements geschaffen. Wir werden
1393 dafür sorgen, dass das ehrenamtliche Engagement noch stärker als
1394 bisher gefördert wird.

1395

Kommunale Daseinsvorsorge sichern!

1396 Immer wieder wird über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben
1397 diskutiert. Grüne Politik ist grundsätzlich privatisierungskritisch,
1398 besonders wenn es um Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge
1399 geht. Die Erfahrung hat uns jedoch gezeigt, dass in Einzelfällen
1400 auch die Zusammenarbeit mit Privaten sinnvoll sein kann.
1401 Die Stadt Bielefeld profitiert von einer Vielzahl eigener Betriebe und
1402 privatwirtschaftlicher Tochterunternehmen. Wir wollen diese Struk-
1403 tur erhalten. Der Umweltbetrieb sorgt seit Jahren für gute Dienst-
1404 leistungen bei stabilen Gebühren. Wir wollen seine Leistungsfähig-
1405 keit erhalten und dafür sorgen, dass er an den Früchten seiner Ar-
1406 beit beteiligt wird. moBiel hat mit seinem Konzept 2030 gezeigt,
1407 dass auch ein kommunaler Betrieb Visionen haben kann. Und ohne
1408 die Beteiligung der Bielefelder Politik hätten die Stadtwerke wohl
1409 kaum ein zukunftsfähiges Energiekonzept aufgelegt!
1410 Bei der kommunalen Personalpolitik lehnen wir unwirtschaftliche
1411 Privatisierungen, etwa im Reinigungsbereich, ab. Wir setzen insge-
1412 samt auf eine gezielte und planvolle Personalentwicklung, damit
1413 auch weiterhin qualifiziertes Personal die sich verändernden Aufga-
1414 ben der Stadtverwaltung erfüllen kann.

1415

Global denken, lokal handeln

1416

1417 Verantwortung in der globalisierten Welt zu übernehmen, ist eine
1418 Aufgabe, der wir uns alle gemeinsam stellen müssen. Als Kommune
1419 hat sich Bielefeld auf Grüne Initiative hin verpflichtet, im Beschaf-
1420 fungswesen auf fair gehandelte Produkte zu achten, zum Schutz
1421 des Regenwaldes beizutragen, keine Erzeugnisse aus ausbeuteri-
1422 scher Kinderarbeit zu verwenden und sich für die Erreichung der
1423
1424

1425 Welt-Entwicklungsziele bis 2015 zu engagieren. Wir Grüne werden
1426 auch weiterhin darauf achten, dass diese Selbstverpflichtungen
1427 keine Worthülsen bleiben, sondern Leitlinien städtischen Handelns.
1428 Die lebendigen Kontakte mit den Partnerstädten in Europa, Israel
1429 und Nicaragua werden getragen vom ehrenamtlichen Engagement
1430 vieler Menschen in Bielefeld.

1431

1432 Wir setzen uns dafür ein, das Welthaus Bielefeld auch weiterhin
1433 durch die Stadt zu fördern. Es ist der wichtigste Partner der kom-
1434 munalen Eine-Welt-Arbeit. Hier wird neben der entwicklungspolit-
1435 schen Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen und der Koordi-
1436 nation der Städtepartnerschaft mit Estelí wichtige Arbeit für ein
1437 bunteres Bielefeld geleistet und den vielen ehrenamtlichen Grup-
1438 pen, die sich in zahlreichen Entwicklungsprojekten für mehr Ge-
1439 rechtigkeit weltweit engagieren, ein gutes Dach geboten.

1440

1441

1442